



Keine Angst, liebe Leser, der Volg hat die Migros nicht übernommen.
Noch nicht jedenfalls.

Aber vielleicht wäre das ja einmal eine Idee. Schliesslich könnte die grosse Migros von unserem kleinen Dorfladen in Vals durchaus noch etwas lernen.

Mitten im Dorf. Dort, wo wir ihn brauchen. Ohne langen Anfahrtsweg, ohne Stress im Parkhaus. An einem Ort, wo man sich begegnet, ein paar Worte wechselt, sich an der Anschlagwand über die neuesten Ereignisse im Dorf informiert oder mit dem Wirt vom Glenner ein Schwätzchen hält, wenn er einmal sehnsüchtig auf Kundschaft wartet.

Dort, wo die Arbeiter von Truffer einen neuen Treffpunkt gefunden haben, nachdem sie sich von jener wunderbaren Lokalität verabschieden mussten, in der wir uns früher beinahe wie am Meer fühlen durften. Und wo sich manchmal auch unsere Oberstufenschüler am Freitag versammeln, um gemeinsam schon ein wenig das Wochenende einzuläuten.

Und unser Volg darf dabei etwas erfahren, das ich eigentlich jedem Menschen von Herzen wünschen möchte:

Wir brauchen ihn nicht, weil er der Grösste, der Billigste oder der Beste ist. Nicht, weil er sich gegen sämtliche Konkurrenten durchgesetzt oder irgendwelche Marktanteile erobert hat.

Wir Valser brauchen und schätzen unseren Volg ganz einfach deswegen, weil er da ist.

Das ist doch eigentlich eine wunderschöne Vorstellung!

Gerade als Dorfpfarrer würde ich mir wünschen, dass wir auch untereinander etwas häufiger so denken würden. Dass nicht jeder Mensch zuerst beweisen muss, wie leistungsfähig, erfolgreich oder unentbehrlich er ist, um seinen Platz in unserer Gemeinschaft zu verdienen.

Sondern dass wir einander sagen können: Schön, dass es dich gibt! Du gehörst zu uns.

Wobei ich natürlich hoffe, dass der Volg aus dieser Liebeserklärung nun nicht den Schluss zieht, er könne seine Preise erhöhen.

Denn bei aller christlichen Nächstenliebe: Auch ein Dorfpfarrer muss gelegentlich auf seinen Geldbeutel achten.

Aber tatsächlich gehört die Migros dem Volk. Jedenfalls war das einmal die grosse Idee von Gottlieb Duttweiler.

Und der Volg? Der gehört zwar nicht dem Volk, ist aber aus einer Bewegung entstanden, in der Bauern erkannten, dass sie miteinander stärker sind als gegeneinander.

Bereits 1886 schlossen sich ostschweizerische Bauern zum Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften zusammen. Sie wollten gemeinsam einkaufen, ihre Erzeugnisse vermarkten und dadurch wirtschaftlich unabhängiger werden. Aus dieser Bewegung entstand der Volg, der bis heute mit seinen Dorfläden in der Schweiz präsent ist.

Ich persönlich schätze es sehr, dass wir in unserem Valser Volg auch Produkte von einheimischen Bauern und Imkern kaufen können. Das schmeckt nicht nur gut, sondern beruhigt nebenbei auch noch mein ökologisches Gewissen.

Denn Lebensmittel müssen ja nicht nur hergestellt, sondern auch transportiert werden. Und gerade bei uns in den Bergen kostet das zusätzliche Energie.

Dazu eine kleine Rechnung, die ich mir als Dorfpfarrer erlaubt habe und die ich ohne die Hilfe von KI sicher nicht so schnell zustande gebracht hätte, schliesslich liegt meine Schulzeit schon ein paar Jährchen zurück.

Um ein Kilogramm Salzis, Eier oder Honig von Ilanz nach Vals zu transportieren, muss man immerhin 554 Höhenmeter überwinden. Nach der guten alten Formel für die Lageenergie

$$E = m \cdot g \cdot h$$

Ergibt sich:

$$E = 1 \text{ kg} \cdot 9,81 \cdot 554 \text{ m}$$

Das macht **5'435 Joule**, also rund 1,5 Wattstunden – allein um das Kilogramm gegen die Schwerkraft nach oben zu befördern.

Das klingt zunächst nach wenig. Aber dabei sind weder die über zwanzig Kilometer Strasse noch der Rollwiderstand der Reifen, der Luftwiderstand oder die Energieverluste des Motors berücksichtigt. Und natürlich muss auch das Lieferfahrzeug selbst den Berg hinauf.

Nun will ich nicht behaupten, dass meine kleine Rechnung bereits eine vollständige Ökobilanz ersetzt.

Aber sie erinnert doch daran, dass jeder Transport seinen Preis hat – auch wenn dieser nicht auf dem Kassenzettel steht. Das sollten wir uns vielleicht auch einmal im Bezug auf Freihandelsabkommen und billig Wahre aus China und Lateinamerika überlegen.

Umso schöner finde ich die Grundidee des Volg: Lebensmittel aus der Region, kurze Wege und eine Versorgung, die möglichst nahe bei den Menschen bleibt.

Und wenn ich mir mit einer einheimischen Valser Salzis nicht nur etwas Gutes für den Gaumen, sondern auch für mein ökologisches Gewissen gönnen kann, dann schmeckt sie mir gleich doppelt so gut.

Die Migros dagegen begann 1925 mit fünf Verkaufswagen, mit denen Gottlieb Duttweiler günstige Lebensmittel direkt unter die Leute brachte. Er ärgerte damit die etablierten Händler ganz gewaltig.

Doch 1941 ging er einen bemerkenswerten Schritt weiter:

Er wandelte seine Firma in eine Genossenschaft um und übertrug sie damit gewissermassen ihren Kunden. Ganz nebenbei verwirklichte Duttweiler mit seiner Unternehmensphilosophie auch noch ein kleines Stück Prohibition in der Schweiz:



In der Migros gab es weder Alkohol noch Tabak zu kaufen.

Was die Amerikaner mit einem landesweiten Alkoholverbot und beträchtlichem Aufwand durchzusetzen versuchten, erledigte Duttweiler ganz einfach über sein Sortiment. Und das Erstaunliche daran: Die Kunden kamen trotzdem!

Zwei Erfolgsgeschichten also, die uns daran erinnern, dass Wirtschaft mehr sein kann als ein Krieg aller gegen alle.

Wobei wir damit bereits mitten im Thema wären: beim Krieg.

Die Migros zieht in den Krieg

Denn wer heutzutage den Wirtschaftsvertretern zuhört, könnte gelegentlich meinen, er sei versehentlich in einer militärischen Lagebesprechung gelandet.

So ging es jedenfalls mir, als ich am 28. Oktober 2026 das SRF-Tagesgespräch mit Ursula Nold, der Präsidentin des Migros-Genossenschafts-Bundes, hörte.

Sie sprach über den geplanten grossen Umbau der Migros. Die zehn regionalen Genossenschaften sollen in einer einzigen aufgehen. Dadurch soll das Unternehmen einfacher, schneller und wettbewerbsfähiger werden.

So weit, so verständlich.

Doch dann wurde ich hellhörig.

Die Migros müsse wieder «schlagkräftiger» werden, erklärte ihre Präsidentin. Und man müsse «quasi an zwei Fronten kämpfen».

An zwei Fronten kämpfen? Schlagkräftiger werden?

Ich stellte mir unwillkürlich vor, wie die Migros-Armee unter dem Kommando ihrer Präsidentin zum Angriff auf die feindlichen Stellungen ausrückt. Im Westen lauert Aldi, im Osten Lidl, und irgendwo dazwischen verschanzt sich Coop hinter einer Barrikade aus Prix-Garantie-Produkten.

Die Artillerie feuert Rabattaktionen, die Infanterie rückt mit Cumulus-Karten vor, und die Kunden werden aufgefordert, sich unverzüglich für eine Seite zu entscheiden.

Nur der Volg bleibt gelassen. Er steht weiterhin im Dorf und verkauft Brot, Milch und vielleicht sogar noch einen freundlichen Gruss. Doch immerhin kann ich auch dort Märkli sammeln, die mir meine Mutter, wenn sie mal wieder zu Besuch kommt, freundlicherweise in meine Rabattheftchen einklebt.

Natürlich weiss ich, dass Frau Nold keinen Krieg führen will. Natürlich weiss ich auch, dass solche Redewendungen im Wirtschaftsleben längst alltäglich geworden sind.

Gerade das aber macht mir Sorgen.

Denn Sprache ist niemals ganz harmlos. Sie verrät nicht nur, wie wir denken. Sie prägt auch, wie wir die Welt wahrnehmen.

Wenn wir ständig von Angriffen, Verteidigung, Fronten, Siegen und Niederlagen sprechen, gewöhnen wir uns womöglich daran, das wirtschaftliche Zusammenleben als permanenten Kampf zu betrachten. Und vielleicht sogar das Zusammenleben überhaupt.

Der Konkurrent wird zum Gegner. Der Markt zum Schlachtfeld. Die Mitarbeiter werden zu Ressourcen, die möglichst effizient eingesetzt werden müssen. Und der Kunde? Der wird zum umkämpften Objekt, das es zu ködern, zu erobern und möglichst dauerhaft an sich zu binden gilt.

Aber ist das wirklich die Welt, in der wir leben wollen?



Wer Karriere machen will, muss kämpfen

Dabei möchte ich Ursula Nol nicht persönlich angreifen. Vielleicht wäre es sogar interessant, einmal darüber nachzudenken, was unser Bildungs- und Wirtschaftssystem mit den Menschen macht, die darin erfolgreich sein wollen.

Wer es bis an die Spitze eines grossen Unternehmens, eines Krankenhauses oder einer Akademie schafft, muss sich durchsetzen, Konkurrenten hinter sich lassen, Widerstände überwinden und seine Position behaupten.

Schon wieder lauter Begriffe aus der Welt des Kampfes!

Und vielleicht gilt dies für Frauen in Führungspositionen noch viel mehr.

Denn gerade sie mussten sich lange Zeit in einer von Männern geprägten Führungskultur behaupten. Wer zu freundlich auftrat, wurde womöglich nicht ernst genommen. Wer sich aber zu entschlossen durchsetzte, riskierte dagegen, als zu dominant und herzlos zu gelten.

Welch ein Widerspruch!

Erst verlangen wir von den Menschen, sich in einem gnadenlosen Wettbewerb zu behaupten. Und wenn sie es geschafft haben, wundern wir uns darüber, dass sie die Sprache dieses Wettbewerbs verinnerlicht haben.

Vielleicht sollten wir uns deshalb weniger darüber Gedanken machen, wie Frauen und Männer noch besser in diesem System Karriere machen, sondern vielmehr darüber, was dieses System aus den Menschen macht, die darin Karriere machen.

Müssen wir uns tatsächlich immer weiter an die herrschende Wirtschaftsordnung anpassen?

Oder wäre es nicht langsam an der Zeit, unsere Wirtschaftsordnung wieder stärker an den Menschen anzupassen?

Wenn ein Nein nicht mehr Nein bedeutet

Noch mehr als die kämpferische Sprache hat mich allerdings eine andere Aussage der Migros-Präsidentin beschäftigt.

Im kommenden Sommer sollen die zehn regionalen Genossenschaften über ihre eigene Zukunft abstimmen. Sie sollen sich zu einer einzigen grossen Genossenschaft zusammenschliessen.

David Karasek wollte im Interview wissen, was geschehe, wenn nur eine der zehn Genossenschaften Nein sage.

Die Antwort von Frau Nold war bemerkenswert:

«Wir haben keinen Plan B. Bei einem Nein wiederholen wir die Abstimmung in dieser einen Genossenschaft.»

Ich musste das erst einmal verdauen.

Man stelle sich vor, wir würden in unserer Gemeinde über den Bau eines neuen Skiliftes abstimmen. Die Bürger lehnen das Projekt ab. Und der Gemeindepräsident erklärt am nächsten Morgen: Schade. Aber wir haben keinen Plan B. Also stimmen wir noch einmal ab.

Und wenn die Bürger erneut Nein sagen?

Nun, dann müsste man ihnen vielleicht deutlicher erklären, was für eine schwierige Zukunft ihnen bevorsteht, wenn sie nicht endlich zur Einsicht kommen.

Vielleicht bin ich inzwischen etwas empfindlich geworden. Aber auch mit Blick auf die bevorstehenden Abstimmungen über die neuen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union beschleicht mich eine ähnliche Sorge.

Schon jetzt wird immer wieder betont, wie wichtig diese Verträge für unsere wirtschaftliche Zukunft seien und welche Nachteile uns bei einer Ablehnung drohen könnten.

Natürlich müssen solche möglichen Konsequenzen offen angesprochen werden. Das gehört zu einer ehrlichen demokratischen Auseinandersetzung. Und selbstverständlich gibt es gute Gründe, die

für eine engere Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn sprechen.

Aber ich hoffe sehr, dass wir dabei nicht in eine Denkweise geraten, nach der das Volk zwar abstimmen darf, die richtige Antwort aber eigentlich schon feststeht.

Denn was geschieht, wenn das Volk tatsächlich Nein sagt?

Wird man sich dann ernsthaft mit den Gründen dieser Entscheidung auseinandersetzen und nach anderen Wegen suchen? Oder wird man vor allem darüber nachdenken, wie man die Stimmbürger beim nächsten Anlauf doch noch von einem Ja überzeugen kann?

Ich möchte hier niemandem etwas unterstellen. Aber allein die Vorstellung, dass wirtschaftliche Notwendigkeiten irgendwann wichtiger sein könnten als die freie Entscheidung der Bürger, bereitet mir grosse Sorge.

Und vielleicht bin ich auch deshalb etwas misstrauisch geworden, weil mir die Geschichte unserer Kampffjetbeschaffung noch ziemlich frisch in Erinnerung ist.

2014 sagte das Schweizer Volk Nein zum Kauf der Gripen-Kampffjets. 2020 durfte es erneut über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge entscheiden. Diesmal hiess es mit gerade einmal 50,1 Prozent Ja zu einem Finanzrahmen von sechs Milliarden Franken.

Ein demokratischer Entscheid, den es selbstverständlich zu respektieren gilt.

Doch inzwischen erleben wir ein Debakel um den angeblich gesicherten Fixpreis für die amerikanischen F-35-Kampffjets. Die parlamentarische Geschäftsprüfungskommission hat festgestellt, dass der zugesicherte pauschale Fixpreis gar nicht vereinbart worden war.

Nun diskutieren wir über Mehrkosten, Zusatzkredite und darüber, ob wir für das bewilligte Geld überhaupt noch alle ursprünglich vorgesehenen Flugzeuge erhalten.



Da frage ich mich schon, wie viel Vertrauen wir von den Stimmbürgern eigentlich erwarten dürfen.

Zuerst sollen sie den Verantwortlichen glauben, dass eine Beschaffung notwendig ist. Dann sollen sie darauf vertrauen, dass der finanzielle Rahmen eingehalten wird. Und wenn sich hinterher herausstellt, dass wesentliche Voraussetzungen gar nicht so gesichert waren, wie man ihnen erklärt hatte, sollen sie möglichst Verständnis für die neue Situation aufbringen.

Vielleicht bin ich da etwas altmodisch.

Aber ich dachte immer, dass in einer Demokratie die Verantwortlichen dem Volk Rechenschaft schulden und nicht umgekehrt.

Natürlich muss man dabei unterscheiden. Die Abstimmung über eine Genossenschaftsfusion ist nicht mit einer eidgenössischen Volksabstimmung gleichzusetzen. Auch war die Abstimmung von 2020 keine einfache Wiederholung der Gripen-Abstimmung von 2014. Damals ging es um ein konkretes Flugzeug, später um einen grundsätzlich neuen Beschaffungsentscheid. Und bei den EU-Verträgen wissen wir noch gar nicht, wie die Stimmbürger entscheiden werden und schon gar nicht wissen wir, was in diesen verklausulierten Formulierungen im englischen Original eigentlich alles drinsteht.

Aber all diese Beispiele führen mich zu einer gemeinsamen Frage: Wie ernst nehmen wir eigentlich die Freiheit und die Entscheidungsmacht der Menschen, wenn ihre Entscheidungen unseren wirtschaftlichen oder politischen Vorstellungen widersprechen?

Selbstverständlich darf man über ein Projekt auch ein zweites Mal abstimmen, etwa wenn sich die Voraussetzungen verändert haben oder ein neuer Vorschlag vorliegt.

Wie ich nicht oft genug betonen kann, halte ich es angesichts der gegenwärtigen demografischen Entwicklung auch bei der Abstimmung über die 13. AHV-Rente für dringend notwendig, noch einmal grundsätzlich über unser Demokratieverständnis nachzudenken.

Vielleicht sollten wir uns zunächst wieder stärker bewusst machen, was Demokratie eigentlich bedeutet: nicht nur die eigenen Interessen an der Urne durchzusetzen, sondern auch Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.

Dazu gehört für mich insbesondere die Bereitschaft der Bürger, über den begrenzten Horizont ihrer eigenen Lebensspanne hinauszublicken und bei ihren Entscheidungen auch das Wohl jener Generationen im Auge zu behalten, die heute noch gar nicht mitbestimmen dürfen, morgen aber die Folgen unserer Beschlüsse tragen müssen.

Eine Demokratie, in der jede Generation vor allem darauf bedacht ist, möglichst viel für sich selbst herauszuholen, läuft Gefahr, gerade jene Solidarität zu verlieren, auf der sie beruht.

Vielleicht würde es sich nach einer solchen Sensibilisierung tatsächlich lohnen, die Frage der 13. AHV-Rente noch einmal dem Volk vorzulegen.



Allerdings muss ich mir dabei dieselbe kritische Frage gefallen lassen, die ich zuvor an die Migros-Präsidentin gerichtet habe:

Will ich eine erneute Abstimmung, weil sich die Voraussetzungen verändert haben und wir gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernehmen müssen? Oder einfach deshalb, weil mir das ursprüngliche Ergebnis nicht gefallen hat?

Gerade an diesem Beispiel wird mir bewusst, wie anspruchsvoll Demokratie eigentlich ist. Sie verlangt nicht nur von den Bürgern, über ihre eigenen Interessen hinauszudenken, sondern auch von den Verantwortlichen, die Freiheit der Bürger ernst zu nehmen.

Und sie verlangt von uns allen die Bereitschaft, die eigenen Überzeugungen immer wieder kritisch zu hinterfragen.

Denn Demokratie darf weder bedeuten, dass einmal getroffene Entscheidungen für alle Ewigkeit unantastbar sind, noch, dass wir so lange abstimmen und Unterschriften sammeln bis uns das Ergebnis endlich gefällt.

Aber es macht einen gewaltigen Unterschied, ob man den Menschen eine wirklich neue Entscheidung ermöglicht oder ob man ihr ursprüngliches Nein bloss als Hindernis betrachtet, das es zu überwinden gilt.

Ein Nein ist nicht einfach ein noch nicht zustande gekommenes Ja.

Eine Abstimmung dient doch nicht dazu, einem bereits festgelegten Vorhaben nachträglich den demokratischen Segen zu erteilen!

Sie soll denjenigen, die entscheiden dürfen, eine echte Wahl ermöglichen.

Und zu einer echten Wahl gehört auch die Möglichkeit, Nein zu sagen.

Nicht nur theoretisch. Nicht nur auf dem Stimmzettel. Sondern mit der Aussicht, dass dieses Nein tatsächlich etwas bewirkt.

Besonders hellhörig wurde ich deshalb, als Frau Nold auf die kritische Nachfrage des Journalisten erklärte, dass eine ablehnende Genossenschaft dann überlegen müsse, ob sie innerhalb des neuen Konstrukts überhaupt eine Zukunft habe.

Natürlich kann das eine sachliche Beschreibung der wirtschaftlichen Konsequenzen sein.

Aber es kann zugleich als eine unmissverständliche Botschaft verstanden werden: Ihr dürft selbstverständlich Nein sagen. Ihr müsst dann allerdings mit den Folgen leben.

Da möchte ich als Schweizer Bürger schon fragen dürfen, wo die Grenze zwischen sachlicher Information und der Ausübung von Druck verläuft.

Und ob es wirklich ein gutes Zeichen für unsere demokratische Kultur ist, wenn wir diese Grenze immer weniger wahrnehmen.

Denn Demokratie ist für mich weit mehr als ein Verfahren zur Herstellung von Mehrheiten.

Sie ist Ausdruck der Würde des Menschen. Sie beruht auf der Überzeugung, dass Menschen nicht einfach Objekte fremder Entscheidungen sind, sondern selbstbestimmte Subjekte, die über ihre gemeinsame Zukunft mitentscheiden dürfen und denen unveräußerliche Rechte zukommen.

Dazu gehört für mich auch das Recht auf Eigentum und Privatbesitz. Ein Recht, das im Laufe der Geschichte gerade von sozialistischen Ideologien immer wieder grundsätzlich infrage gestellt wurde – obwohl uns die Erfahrungen vergangener Generationen eindrücklich vor Augen führen, welche Gefahren mit seiner Abschaffung und der Konzentration wirtschaftlicher Macht in den Händen des Staates verbunden sein können.

Umso mehr erstaunt es mich, wie wenig manche politischen Strömungen bereit zu sein scheinen, aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Denn eine gefährliche Mischung aus ideologischer Verblendung, mangelnder Sachkenntnis, Bequemlichkeit und nicht zuletzt auch Neid hat weder der Politik noch dem gesellschaftlichen Zusammenleben jemals gutgetan.

Dabei sollte uns die Geschichte doch längst gelehrt haben: Eine gerechte Gesellschaft entsteht weder durch die Abschaffung des Privateigentums noch durch dessen schrankenlose Anhäufung, sondern dort, wo persönliche Freiheit und Verantwortung für das Gemeinwohl miteinander verbunden werden.

Demokratie verlangt von den Verantwortlichen die Bereitschaft, eine Entscheidung auch dann zu respektieren, wenn sie ihnen nicht gefällt.

Wer Demokratie nur so lange schätzt, wie die Menschen richtig abstimmen, hat ihren eigentlichen Sinn noch nicht verstanden.

Ich sage das nicht, weil ich den Umbau der Migros grundsätzlich ablehne. Wahrscheinlich gibt es tatsächlich sehr gute wirtschaftliche Gründe dafür. Ich kann und will das auch nicht beurteilen.

Ebenso wenig möchte ich behaupten, dass die neuen EU-Verträge grundsätzlich schlecht seien oder dass die Schweiz keine neuen Kampfflugzeuge benötige.

Aber ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der wirtschaftliche Zweckmässigkeit und politische Zielsetzungen nicht zum Massstab dafür werden, wie viel demokratische Mitbestimmung wir uns noch leisten können.

Gerade eine Genossenschaft sollte doch zeigen, dass wirtschaftliches Handeln und demokratische Beteiligung miteinander vereinbar sind.

Sonst stellt sich am Ende die unangenehme Frage, was von Duttweilers grosser Idee eigentlich noch übrig bleibt.

Die Migros gehört dem Volk.

Aber darf das Volk auch Nein sagen?

Und vielleicht sollten wir uns eines immer wieder bewusst machen: Das Vertrauen in unsere Demokratie lässt sich nicht einfach durch eine Werbekampagne zurückgewinnen.

Da hilft auch kein Cumulus-Bon mit zwanzigfachen Punkten.

Denn wenn die Menschen einmal den Eindruck gewinnen, dass ihre Stimme nur so lange zählt, wie sie den Erwartungen der Verantwortlichen entspricht, dann verlieren wir etwas, das weit wertvoller ist als jeder wirtschaftlicher Wettbewerbsvorteil.

Unsere gemeinsame Freiheit, selbst über unsere Zukunft zu bestimmen.

Vom Fussballfeld zum Schlachtfeld

Übrigens begegnet mir die Sprache des Kampfes keineswegs nur in der Wirtschaft. Auch bei Fussballkommentaren könnte man gelegentlich meinen, versehentlich einen Kriegsberichterstatter eingeschaltet zu haben.

Da werden Angriffe gestartet, Abwehrschlachten geschlagen, Gegner unter Beschuss genommen, Stellungen gehalten und vernichtende Niederlagen erlitten.

Das klingt bisweilen martialischer als die Nachrichten aus einem tatsächlichen Kriegsgebiet.

Allerdings möchte ich die Fussballkommentatoren ausdrücklich in Schutz nehmen.

Denn gerade beim Sport scheint mir diese Sprache durchaus ihren Sinn zu haben.

Hier darf gekämpft werden! Hier dürfen Menschen ihre Kräfte messen, einander herausfordern, gewinnen und verlieren. Und gerade dadurch kann der Sport etwas unglaublich Wertvolles leisten.

Er ermöglicht einen friedlichen Wettkampf.

Zwei Mannschaften stehen einander gegenüber. Beide wollen gewinnen. Beide geben ihr Bestes. Aber sie haben sich vorher auf gemeinsame Regeln geeinigt.

Und wenn der Schiedsrichter am Ende abpfeift, soll der Gegner eben kein Feind sein, sondern ein Mitmensch, dem man die Hand reichen kann.

Wäre das nicht eine wunderbare Schule des Friedens?

Man könnte sogar sagen: Im Sport dürfen wir unsere Kräfte messen, ohne einander vernichten zu müssen.

Vielleicht brauchen wir solche Formen des Wettkampfs sogar ganz bewusst. Denn der Wunsch, sich zu messen, stärker zu sein, etwas zu erreichen und über sich hinauszuwachsen, gehört wohl auch zum Menschen.

Entscheidend ist, was wir daraus machen.

Ob der Gegner ein Feind wird, den es zu beseitigen gilt, oder ein Partner im Wettkampf, ohne den das Spiel gar nicht möglich wäre.

Ein guter Fussballer braucht schliesslich auch einen guten Gegner. Sonst macht das Ganze wenig Freude.

Der Sport kann uns also gerade zeigen, dass Kampf und Frieden keine Gegensätze sein müssen, solange der Kampf gemeinsamen Regeln unterworfen bleibt und die Würde des Gegners gewahrt wird.

Allerdings frage ich mich zunehmend, ob diese schöne Idee nicht ebenfalls unter die Räder unserer Wirtschaftsordnung gerät.

Denn längst geht es im grossen Sport nicht mehr nur darum, wer am besten Fussball spielt, am schnellsten läuft oder am höchsten springt.

Es geht auch darum, wer die finanzkräftigsten Sponsoren gewinnt, die lukrativsten Werbeverträge abschliesst und sich am erfolgreichsten vermarktet.



Red Bull verleiht Flügel – aber wem eigentlich?

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür ist Red Bull.

Da finanziert ein Unternehmen mit dem Verkauf von Energydrinks ein riesiges Sport- und Marketinggeschäft. Fussballmannschaften, Rennfahrer, Skifahrer und Extremsportler tragen die Marke in die Welt hinaus.

Und was lernt ein junger Mensch daraus?

Wer besonders erfolgreich, mutig, schnell und leistungsfähig ist, hat offenbar auch etwas mit Red Bull zu tun.

Natürlich weiss ich, dass man nicht allein deshalb Weltmeister wird, weil man vor dem Wettkampf eine Dose Energydrink trinkt.

Aber genau darin liegt meine Sorge.

Sportliche Höchstleistungen werden mit einem kommerziellen Produkt verknüpft, obwohl zwischen der persönlichen Leistung des Athleten und dem beworbenen Getränk keineswegs der Zusammenhang bestehen muss, den die Werbung nahelegt.

Ich vermute sogar, dass eher das Gegenteil der Fall sein dürfte: Im sorgfältig abgestimmten Ernährungsplan eines erfolgreichen Spitzensportlers wird eine Dose Red Bull wohl kaum eine besonders wichtige Rolle spielen. Vielleicht kommt sie dort sogar deutlich seltener vor als bei jenen Jugendlichen, die sich vom Genuss des Getränks ein kleines Stück des sportlichen Erfolgs ihrer Vorbilder erhoffen.

Das wäre dann schon eine bemerkenswerte Ironie: Diejenigen, die mit dem Getränk für sportliche Höchstleistungen werben, verdanken ihren Erfolg vermutlich gerade einer Disziplin, zu der auch ein bewusster und massvoller Umgang mit solchen Getränken gehört.

Der junge Mensch soll das Produkt begehren und möglichst häufig danach greifen. Der Sportler erhält dafür Geld. Und der wirtschaftliche Erfolg entscheidet mit darüber, welche Vorbilder uns täglich begegnen.

Von einem jungen, aufstrebenden Skifahrer wäre es allerdings vielleicht schon etwas viel verlangt, ein lukratives Angebot von Red Bull auszuschlagen. Schliesslich möchte er erfolgreich sein. Und ein finanzkräftiger Sponsor kann ihm durchaus einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil verschaffen: bessere Trainingsmöglichkeiten, professionellere Betreuung und vielleicht überhaupt erst die Chance, an die Weltspitze zu gelangen.

Wer würde da schon freiwillig Nein sagen?

Und doch hätte ein junger Sportler, der ein solches Angebot aus Verantwortungsbewusstsein gegenüber seinen jungen Bewunderern ausschlägt, meine ganz besondere Hochachtung verdient. Sicher mehr als ein erfolgreicher Athlet, der mit einer Red-Bull-Dose auf dem Siegerpodest steht.

Wobei ich zugeben muss: Von meiner Hochachtung allein lässt sich leider noch kein Skitrainer bezahlen.

Wenn die Armut zur Werbekulisse wird

Wie weit die Verbindung von Sport und Werbung inzwischen reicht, zeigt für mich ein besonders befremdliches Beispiel aus Brasilien.

2009 veranstaltete Red Bull unter dem Namen «Desafio no Morro» ein spektakuläres Mountainbike-Rennen durch die Favela Santa Marta in Rio de Janeiro. Internationale Profis rasten über steile Treppen, durch enge Gassen und mitten durch ein Wohnviertel, in dem viele Menschen unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen leben.

Natürlich mag das Ereignis einzelnen Bewohnern Arbeit, Einkommen und vielleicht auch ein wenig Freude gebracht haben.

Aber mich beschleicht bei solchen Bildern ein ganz anderes Gefühl.

Ist das nicht geradezu ein Sinnbild für die Abgehobenheit und Arroganz einer globalisierten Wirtschaftselite, die sich selbst und ihre Erfolge immer spektakulärer inszeniert und dabei Gefahr läuft, die Menschen aus den Augen zu verlieren, die vom weltweiten Wohlstand am wenigsten profitieren?

Da reisen internationale Spitzensportler mit ihren sündhaft teuren Fahrrädern an, um durch die engen Gassen eines Armenviertels zu rasen. Für die einen ist es ein Abenteuer, ein sportlicher Höhepunkt, vielleicht sogar ein Karrieresprung. Für die anderen sind diese Gassen kein Abenteuerpark, sondern ihr Zuhause. Und zwar nicht nur für ein Wochenende, sondern ein Leben lang.

Die einen können nach dem Rennen wieder abreisen. Die anderen bleiben.

Und über allem prangt das Logo eines Getränkeherstellers, der aus dieser Begegnung zwischen zwei höchst unterschiedlichen Lebenswelten eine spektakuläre Werbeveranstaltung macht.

Was mich daran besonders beschäftigt, ist die Frage, ob wir die Armut anderer Menschen inzwischen sogar noch dazu benutzen, um den eigenen wirtschaftlichen Erfolg möglichst eindrucksvoll in Szene zu setzen. Die Lebenswirklichkeit der Armen wird zur Kulisse für den Triumph der Erfolgreichen.

Vielleicht ist das nicht die Absicht der Veranstalter. Aber auf mich wirkt es wie eine erschreckende Symbolik unseres globalen Wirtschaftssystems.

Es scheint manchmal, als hätten wir uns schon so sehr an die gewaltigen Unterschiede zwischen Arm und Reich gewöhnt, dass wir sie gar nicht mehr als gesellschaftliche Herausforderung wahrnehmen, sondern als besonders aufregende Kulisse.

Und genau hier beginnt für mich die eigentliche Frage nach der Verantwortung wirtschaftlicher Macht.

Nicht alles, was spektakulär ist, ist deshalb schon gut. Nicht alles, was sich erfolgreich vermarkten lässt, verdient deshalb unsere Bewunderung.

Und vielleicht wäre es an der Zeit, dass wir uns wieder häufiger fragen, ob unser wirtschaftlicher Erfolg auch denjenigen zugutekommt, die nicht die Möglichkeit haben, nach dem grossen Spektakel einfach weiterzuziehen.

Wem soll der Sport eigentlich dienen?

Ich möchte deshalb keineswegs den sportlichen Wettkampf abschaffen. Ganz im Gegenteil!

Ich möchte ihn gerade vor einer Wirtschaftslogik schützen, die irgendwann auch noch die letzte sportliche Leistung, die Begeisterung junger Menschen und sogar die Armut anderer in eine Werbebotschaft verwandelt.

Denn der faire Wettkampf hat einen Eigenwert.

Er ermöglicht uns, unsere Kräfte zu messen, über uns hinauszuwachsen und einander herauszufordern, ohne dass wir uns deshalb als Feinde betrachten müssen.

Er muss sich nicht erst dadurch rechtfertigen, dass jemand mit ihm Geld verdienen kann.

Vielleicht sollten wir sogar wieder etwas häufiger darüber nachdenken, für wen wir eigentlich Sport treiben: für uns selbst, für unsere Gesundheit, für die Freude an der Bewegung, für das gemeinsame Erlebnis? Oder zunehmend für jene, die es am geschicktesten verstehen, aus unserer Begeisterung ein Geschäft zu machen?

Und vielleicht sollten wir diese Unterscheidung auch in anderen Lebensbereichen wieder ernster nehmen.

Denn während beim Mountainbike-Rennen noch die Frage im Vordergrund steht, wer am schnellsten ins Ziel kommt, gibt es Bereiche unseres Zusammenlebens, in denen etwas ganz anderes entscheidend sein sollte:

Dass möglichst alle Menschen sicher und zuverlässig an ihr Ziel kommen.

Und damit wären wir bei einem ganz anderen Wettbewerb. Einem, bei dem nicht Mountainbikes über Treppen rasen, sondern Züge über Schienen.

Wenn der Wettbewerb auf die Schiene kommt

Besonders nachdenklich haben mich in diesen Tagen die Nachrichten aus Spanien gemacht.

Beim schweren Zugunglück vom 28. Oktober in der Provinz Toledo sind zahlreiche Menschen ums Leben gekommen. Ein Hochgeschwindigkeitszug der staatlichen Renfe kollidierte mit einem stehenden Zug des privaten Anbieters Iryo. Die Bilder der zerstörten Waggons und die Nachrichten über die vielen Opfer machen fassungslos.

Die Ursachen müssen sorgfältig untersucht werden. Erste Erkenntnisse weisen auf Probleme mit der Zugsteuerung und eine fehlerhafte Freigabe des Zugverkehrs hin.

Es wäre unverantwortlich, diese Katastrophe einfach der Privatisierung oder dem Wettbewerb zuzuschreiben. Dafür gibt es bisher keinen Beleg.

Aber das Unglück erinnert mich daran, weshalb wir bei der Organisation unserer öffentlichen Infrastruktur besonders sorgfältig nachdenken sollten.

Denn hier geht es nicht einfach nur um einen wirtschaftlichen Wettkampf.

Bei der Eisenbahn geht es um Sicherheit, Verlässlichkeit, funktionierende Infrastruktur und letztlich um Menschenleben.

Wenn mehrere Unternehmen miteinander konkurrieren, kann das Vorteile bringen. Vielleicht werden die Angebote günstiger, die Verbindungen attraktiver und die Dienstleistungen besser.

Aber der Wettbewerb allein garantiert noch keine gute Infrastruktur.

Wer trägt die Verantwortung für das Ganze? Wer sorgt dafür, dass nicht nur die rentablen Strecken attraktiv sind, sondern auch die weniger gewinnbringenden Verbindungen zuverlässig funktionieren?

Wer garantiert, dass die Sicherheit niemals zum Gegenstand eines gefährlichen Kostendrucks wird?

Ich denke dabei auch an unsere Bergtäler.

Hier wissen wir, dass öffentliche Verkehrsmittel nicht einfach nur eine Ware sind, die sich möglichst gewinnbringend verkaufen lassen muss. Und wir wissen, dass gelassene und nicht gestresste Chauffeure ein wichtiger Garant für unsere persönliche Sicherheit an Leib und Leben sind.

Sie ermöglichen Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, den Besuch bei einem Angehörigen im Spital oder im Pflegeheim. Sie verbinden Generationen, Dörfer und Regionen.

Und gerade dort, wo sich eine Verbindung wirtschaftlich vielleicht kaum lohnt, kann sie menschlich umso wichtiger sein.

Deshalb müssen wir doch fragen dürfen, ob der Wettbewerb und die Optimierung wirklich in jedem Lebensbereich geeignete Ordnungsprinzipien sind.

Oder ob es Bereiche gibt, in denen ein entspannter Zeitplan, Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung wichtiger sind als die Konkurrenz.

Mit Lebensmitteln spielt man nicht

Und damit wären wir wieder bei der Migros.

Denn bei der Lebensmittelversorgung scheint mir diese Frage mindestens ebenso wichtig.

Natürlich ist es erfreulich, wenn der Wettbewerb dazu führt, dass Brot, Milch, Gemüse und andere Dinge des täglichen Bedarfs erschwinglich bleiben.

Gerade Menschen mit wenig Geld profitieren davon.

Auch Gottlieb Duttweiler wollte mit seiner Migros den teuren Zwischenhandel umgehen und die Versorgung der Bevölkerung verbessern.

Aber Lebensmittel sind eben nicht irgendeine Ware.

Essen und Trinken gehören zu den grundlegenden Voraussetzungen unseres Lebens.

Deshalb sollten wir sehr genau hinsehen, wenn die Versorgung der Bevölkerung immer stärker unter das Gesetz des wirtschaftlichen Verdrängungswettbewerbs gerät.

Was geschieht mit den Bauern, wenn immer tiefere Preise verlangt werden? Was geschieht mit den Mitarbeitern, wenn immer grössere Effizienz gefordert wird? Und was geschieht mit den kleinen Dorfläden, wenn am Ende nur noch die grossen und besonders rentablen Verkaufsstandorte bestehen können?

Vielleicht bekommen wir dann irgendwo noch ein paar Rappen günstigere Milch.

Aber wer bezahlt dafür den Preis?

Der Bauer? Die Verkäuferin? Die Dorfgemeinschaft, die ihren letzten Laden verliert?

Natürlich braucht auch ein Lebensmittelgeschäft einen wirtschaftlichen Erfolg. Ein Unternehmen, das dauerhaft Verluste schreibt, kann seinen Auftrag irgendwann nicht mehr erfüllen.

Gerade deshalb erfüllt mich die Vorstellung mit grosser Sorge, dass künftig wichtige Entscheidungen über unsere Wettbewerbsbedingungen nicht mehr in erster Linie vom Schweizer Souverän selbst getroffen werden könnten, sondern zunehmend von politischen Institutionen in Brüssel. Denn es geht dabei nicht bloss um wirtschaftliche Vorschriften, sondern um die grundsätzliche Frage, wer die Regeln unseres Zusammenlebens bestimmt – und wie viel demokratischen Gestaltungsspielraum wir uns als Gesellschaft bewahren wollen.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob wirtschaftlicher Erfolg die Voraussetzung dafür ist, Menschen gut zu versorgen, oder ob die Versorgung der Menschen nur noch ein Mittel zum wirtschaftlichen Erfolg darstellt.

Bei der Lebensmittelversorgung und bei der öffentlichen Infrastruktur darf nicht das Recht des Stärkeren das letzte Wort haben.

Hier muss das Gemeinwohl den Rahmen vorgeben, innerhalb dessen Wettbewerb überhaupt sinnvoll sein kann.

Denn ein Dorf braucht nicht unbedingt einen Sieger im Preiskrieg.



Es braucht vor allem einen Laden, in dem die Menschen auch morgen noch einkaufen können.

Wer hat eigentlich das letzte Wort?

Vielleicht liegt hier der entscheidende Punkt.

Immer wieder hören wir, dass wir uns den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen müssten. Unternehmen müssten wettbewerbsfähiger werden. Arbeitnehmer müssten flexibler sein. Staaten müssten ihre Standorte attraktiver machen. Öffentliche Einrichtungen müssten effizienter arbeiten.

Und natürlich stimmt vieles davon.

Aber irgendwann möchte ich doch fragen: Wer hat eigentlich beschlossen, dass diese wirtschaftlichen Anforderungen das oberste Gesetz unseres Zusammenlebens sein sollen?

Müssen Menschen, Gemeinden und ganze Nationen sich blind einer Wirtschaftsordnung fügen, nur weil sie gerade besteht?

Oder dürfen wir nicht vielmehr gemeinsam entscheiden, welche Wirtschaftsordnung wir wollen?

Diese Frage beschäftigt mich zunehmend, auch mit Blick auf die politischen Entwicklungen in Europa und in der Welt.

Wir haben uns nach den schrecklichen Kriegen des vergangenen Jahrhunderts bemüht, ein internationales Zusammenleben zu schaffen, in dem nicht mehr einfach der Stärkere bestimmt, was Recht ist.

Wir haben Grenzen gezogen, Rechtsordnungen geschaffen und demokratische Institutionen aufgebaut. Deutschland hat sich nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs mit dem Grundgesetz eine neue freiheitliche Ordnung gegeben. Nicht zuletzt wurde darin auch die positive Religionsfreiheit fest verankert: die Freiheit des Menschen, seinen Glauben nicht nur im Verborgenen zu bewahren, sondern ihn auch öffentlich zu bekennen und zu leben.

Gerade nach den Erfahrungen einer Diktatur, die Menschen ihrer Würde, ihrer Freiheit und schliesslich sogar ihres Lebens beraubt hatte, war dies eine bewusste Entscheidung: Nicht der Mensch soll dem Staat und seiner Ideologie dienen, sondern der Staat hat die Würde und Freiheit des Menschen zu achten und zu schützen.

Zugleich haben wir uns bemüht, durch internationale Zusammenarbeit und verbindliche Regeln ein friedliches Miteinander der Völker zu ermöglichen, damit nicht länger allein die Macht des Stärkeren darüber entscheidet, was Recht ist.

All das sollte verhindern, dass der Kampf aller gegen alle wieder zum beherrschenden Prinzip unseres Zusammenlebens wird.

Und nun frage ich mich, ob wir nicht längst dabei sind, diesen Gedanken von einer anderen Seite her auszuhöhlen.

Wenn wir den Wettbewerb zum obersten Prinzip unserer Wirtschaftsordnung machen, wenn wir Menschen und Unternehmen ständig dazu auffordern, sich gegen andere durchzusetzen, wenn wir wirtschaftliche Interessen als alternativlos darstellen – weshalb wundern wir uns dann eigentlich, wenn auch Nationen zunehmend nur noch ihren eigenen Vorteil suchen?

Natürlich sind wirtschaftlicher Wettbewerb und militärische Gewalt nicht dasselbe. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

Aber auch im Wirtschaftsleben stellt sich die Frage, welche Regeln wir unserem Kräfteressen geben und wo wir Grenzen ziehen müssen.

Grenzen, die den Schwächeren schützen.

Grenzen, die auch kleinere Sprach- und Kulturgemeinschaften respektieren und fortbestehen lassen.

Grenzen, die verhindern, dass Macht allein über Recht und Unrecht entscheidet.

Grenzen, die uns ein gutes gemeinsames Leben ermöglichen.

Vielleicht sollten wir gerade die Bereiche, die unserem Leben unmittelbar dienen, besonders sorgfältig vor einem grenzenlosen Verdrängungswettbewerb schützen.

Unsere Lebensmittelversorgung. Unsere Infrastruktur. Das Gesundheitswesen unsere öffentliche Daseinsvorsorge.

Und nicht zuletzt unsere demokratische Mitbestimmung.

Denn wenn wir irgendwann nur noch so lange abstimmen, bis das Ergebnis den wirtschaftlichen und kriegerischen Anforderungen entspricht, haben wir vielleicht eines Tages eine sehr effiziente und hochgerüstete Gesellschaft.

Aber keine besonders freie mehr.

Der Mensch ist nicht für den Markt geschaffen

Als Christ erinnert mich diese Frage an einen grundlegenden Gedanken unserer Glaubenstradition.

Jesus sagt: «Der Sabbat wurde für den Menschen gemacht, nicht der Mensch für den Sabbat.» (Mk 2,27)

Natürlich sprach Jesus damals nicht über die Migros oder über die europäische Eisenbahnpolitik.

Aber das dahinterstehende Prinzip scheint mir erstaunlich aktuell.

Der Mensch darf nicht zum Sklaven einer Ordnung werden, die ursprünglich geschaffen wurde, um ihm zu dienen.

Das gilt für religiöse Vorschriften. Und es gilt ebenso für unsere wirtschaftlichen und politischen Strukturen.

Die katholische Soziallehre spricht hier vom Gemeinwohl. Sie erinnert daran, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht allein an Gewinn, Wachstum und Marktanteilen gemessen werden darf, sondern auch daran, ob er dem Menschen und der Gemeinschaft dient.

Selbstverständlich ist Wettbewerb nicht grundsätzlich schlecht. Gottlieb Duttweiler hat ihn gerade dazu genutzt, bestehende wirtschaftliche Machtverhältnisse aufzubrechen und Lebensmittel für viele Menschen erschwinglicher zu machen.

Aber Wettbewerb ist ein Mittel. Kein Selbstzweck.

Und erst recht kein Naturgesetz, dem wir uns widerstandslos zu unterwerfen hätten.

Vielleicht müssen wir deshalb nicht nur unsere Wirtschaftsordnung überdenken, sondern auch unsere Sprache.

Dass nicht jeder Konkurrent zum Feind wird.

Dass nicht jede wirtschaftliche Herausforderung zur Schlacht erklärt wird.

Dass Menschen keine Ressourcen sind, über die man nach Belieben verfügen kann.

Und dass ein demokratisches Nein nicht einfach als Hindernis behandelt wird, das man bei nächster Gelegenheit beseitigen muss.

Denn wenn wir uns erst einmal daran gewöhnt haben, wirtschaftliche Notwendigkeiten über menschliche Entscheidungen zu stellen, verlieren wir vielleicht etwas, das weit wertvoller ist als unseren Vorsprung gegenüber der Konkurrenz.

Unsere Freiheit, unser Zusammenleben selbst zu gestalten.

Und dann schlug ich den Epheserbrief auf ...

Nachdem ich mir all diese Gedanken gemacht hatte, wollte ich mich heute Morgen endlich wieder meiner eigentlichen Arbeit als Dorfpfarrer widmen.

Ich schlug die Tageslesung auf.

Epheserbrief, Kapitel 6.

Und was las ich?

«Zieht an die Waffenrüstung Gottes», schreibt der Apostel Paulus.

Ich musste schmunzeln.

Da hatte ich mich gerade ausführlich über die Kriegsrhetorik der Migros-Präsidentin aufgeregt, und nun stand ich vor einem Apostel, der offenbar ebenfalls eine gewisse Vorliebe für militärische Ausdrucksweisen hatte.

Paulus fährt auf, was zu einer ordentlichen Ausrüstung gehört: Brustpanzer, Schild, Helm und Schwert.

Mir fehlte eigentlich nur noch die Cumulus-Karte.

Aber dann las ich genauer.

Paulus macht deutlich, dass unser Kampf gerade nicht gegen Menschen gerichtet ist. Und er beschreibt eine bemerkenswerte Waffenrüstung: einen Brustpanzer der Gerechtigkeit, einen Schild des Glaubens, das Schwert des Geistes und Füße, die bereit sind, das Evangelium des Friedens zu verkünden.

Was für eine eigenartige Armee!

Eine Armee, deren Aufgabe nicht darin besteht, andere Menschen zu besiegen, andere Marktteilnehmer zu verdrängen, sondern dem Bösen zu widerstehen.

Und vielleicht liegt genau hier die Antwort auf die Frage, die mich seit gestern beschäftigt.

Es kommt nicht darauf an, ob wir kämpfen. Es kommt darauf an, wofür wir kämpfen – und gegen wen.

Der geistliche Kampf gegen das Böse in mir, gegen meinen Egoismus, meine Gleichgültigkeit und meine Bequemlichkeit, ist durchaus sinnvoll.

Ebenso der sportliche Wettkampf, in dem wir unsere Kräfte messen und lernen, einander als faire Gegner zu respektieren.

Auch im Wirtschaftsleben darf es einen Wettbewerb um bessere Ideen, bessere Produkte, gute Dienstleistungen und vernünftige Preise geben.

Aber wenn aus diesem Wettbewerb ein Kampf wird, bei dem die Schwächeren auf der Strecke bleiben, bei dem unsere Grundversorgung und Sicherheit zur Beute wirtschaftlicher Interessen wird und bei dem selbst demokratische Entscheidungen nur noch als Hindernisse erscheinen, dann sollten wir dringend über die Regeln nachdenken.

Vielleicht müssen wir also gar nicht aufhören zu kämpfen.

Vielleicht müssen wir nur wieder lernen, die richtigen Kämpfe zu führen.

Nicht gegen den Nachbarn. Nicht gegen den Kunden. Nicht gegen den Konkurrenten. Nicht gegen das andere Geschlecht. Nicht gegen den Bauern. Und schon gar nicht gegen die eigenen Genossenschafter, wenn sie bei einer Abstimmung Nein sagen.

Sondern gegen alles, was unser gutes Zusammenleben bedroht.

Da könnte ich mich mit Paulus durchaus einigen.

Und mit Gottlieb Duttweiler vielleicht auch.

Denn am Anfang der Migros stand immerhin ein Mann, der sich nicht einfach mit den wirtschaftlichen Verhältnissen seiner Zeit abgefunden hatte.

Er wollte sie verändern.

Vielleicht sollten wir das ebenfalls wieder etwas mutiger tun.

Und falls Frau Nold dafür noch eine passende Ausrüstung sucht, hätte ich einen Vorschlag aus der heutigen Lesung:

Den Brustpanzer der Gerechtigkeit, den Schild des Glaubens und vor allem die Bereitschaft für das Evangelium des Friedens.

Das wäre doch einmal eine wirklich schlagkräftige Migros!

Und der Folg?

Der wird uns hoffentlich noch lange in Vals erhalten bleiben.

Vielleicht in Zukunft wieder mit etwas mehr Konstanz beim Personal.

Joachim Cavicchini, Dorfpfarrer in Vals 29. Oktober 2026